

II-8383 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR  
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/46-Parl/89

Wien, 28. Juli 1989

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Rudolf PÖDER

Parlament  
1017 Wien

3877/AB

1989 -08- 02

zu 3857/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3857/J-NR/89, betreffend Atommüllendlager in Österreich - aktueller Stand, die die Abgeordneten Helga Erlinger und Genossen am 1. Juni 1989 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Grundsätzlich möchte ich feststellen, daß das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für Fragen der Endlagerung von Atommüll nicht zuständig ist.

Aus der Funktion des ho. Ressorts, Vertreter der Bundesanteile des Österreichischen Forschungszentrums in Seibersdorf zu sein, kann nicht die Befassung mit allen in Seibersdorf durchgeführten Aktivitäten abgeleitet werden.

Die Lagerung von radioaktiven Abfällen betrifft das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung jedoch insoferne, als ein gewisser Teil der zu entsorgenden Abfälle aus dem Forschungs- und Experimentierbereich der Universitäten stammt (etwa 20 % der Gesamtabfälle in Österreich.)

Ich verweise daher grundsätzlich auf die Antwort des Herrn Bundeskanzlers zu der an ihn gerichteten schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3859/J, zu der ich seitens meines Ressorts folgende Ergänzungen machen kann:

- 2 -

ad 1)

Entsprechend einem Bericht des für die zentrale Sammlung radioaktiver Abfälle in Österreich zuständigen Forschungszentrums Seibersdorf sind im abgelaufenen Jahr 1988 folgende Arten und Mengen von radioaktivem Abfall angefallen:

- Feste nicht brennbare Abfälle im Gesamtumfang von 37,43 m<sup>3</sup>, davon aus dem medizinischen Bereich 12,21 m<sup>3</sup>, sowie 3,13 m<sup>3</sup> aus dem universitären Bereich.
- Flüssige Abfälle (brennbar und nicht brennbar) in einem Gesamtumfang von 13,19 m<sup>3</sup>, davon aus dem medizinischen Bereich 6,33 m<sup>3</sup>, sowie 2,78 m<sup>3</sup> aus dem universitären Bereich.
- Feste brennbare Abfälle (einschließlich der zusammengesetzten Abfälle) in einem Gesamtumfang von 40,37 t, davon aus dem medizinischen Bereich 28,65 t, sowie 5,7 t aus dem universitären Bereich.

Der Anfall der nicht brennbaren Abfälle im universitären Bereich weist in den letzten Jahren eine fallende Tendenz auf, der Anfall flüssiger Abfälle ist ebenso wie der Anfall fester brennbarer Abfälle gleichbleibend bis leicht steigend.

ad 2)

Hiezu teile ich ergänzend mit, daß die zu entsorgenden Abfälle mit Radium 226 sowohl aus der Industrie als auch aus dem universitären Forschungsbereich und den medizinischen Anstalten stammen. Es ist jedoch zu betonen, daß Radium 226 seit der Produktion künstlicher Radioisotope nicht mehr in Verwendung steht und es sich somit um die Beseitigung von Altlasten handelt, die vorwiegend aus Arbeiten zu Beginn dieses Jahrhunderts stammen.

- 3 -

ad 3) bis 6)

siehe Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers.

ad 7)

Ich habe mich vollinhaltlich den Beschlüssen der Geschäftsführung bzw. des Aufsichtsrates angeschlossen und verurteile jeglichen Import von radioaktiven Abfällen aus dem Ausland.

ad 8)

Die Verwendung radioaktiver Substanzen in der Forschung, aber auch in der Industrie ist zu einem wesentlichen Teil dadurch bedingt, daß es sich bei radioaktiven Isotopen um sehr gute Tracer handelt, die mit relativ geringem meßtechnischen Aufwand in allergeringsten Mengen nachgewiesen werden können. Nur durch eine wesentliche Verbesserung von entsprechenden Nachweisgeräten, können radioaktive Tracer durch nicht radioaktive Tracer, wie z.B. Farbstoffe oder Sporen ersetzt werden. Deshalb ist in den letzten Jahren eine Zunahme bei der Anwendung von Radionukliden in der Forschung, Medizin und Industrie festzustellen, sodaß mittelfristig mit keinem nennenswerten Rückgang dieser Anwendungen zu rechnen ist. Es muß aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß prioritär neue radioaktive Isotope mit immer kürzeren Halbwertszeiten zum Einsatz gelangen, was sich natürlich auf die Entsorgung des Abfalls günstig auswirkt.

Der Bundesminister:

